

A1 Antrag Änderung Geschäftsordnung KMV

Antragsteller*in: Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt: 5. Anträge

Antragstext

1 Die KMV beschließt die Geschäftsordnung der Kreismitgliederversammlung in §7
2 **Antragstellung und Antragsfristen, Punkt 2 und 3:**

3
4 "• Eigenständige Anträge sind spätestens 7 Tage (7 mal 24 Stunden) vor Beginn
5 der Versammlung
6 einzureichen. Abweichungen sind bei in der Sache begründeter Dringlichkeit auf
7 entsprechenden
8 Antrag durch die Kreismitgliederversammlung zu beschließen.

9
10 • Änderungsanträge sind bis zum Eintritt in das Abstimmungsverfahren (zum
11 entsprechenden eigenständigen Antrag) möglich. Sie sind schriftlich zu stellen,
12 wobei das Präsidium bzw. die Antragskommission technische Hilfestellung
13 leistet."

14
15 wie folgt zu ändern:

16
17 "Eigenständige Anträge sind spätestens 7 Tage (7 mal 24 Stunden) vor Beginn der
18 Versammlung einzureichen. Abweichungen sind bei in der Sache begründeter
19 Dringlichkeit auf entsprechenden Antrag durch die Kreismitgliederversammlung zu
20 beschließen. Auch Dringlichkeitsanträge und die darauf bezogenen
21 Änderungsanträge sind über das vorgesehene Online-Tool einzureichen.

22
23 • Änderungsanträge sind bis 72 Stunden vor Beginn der Kreismitgliederversammlung
24 möglich. Sie sind schriftlich über Antragsgrün zu stellen, wobei die
25 Kreisgeschäftsstelle technische Hilfestellung leistet."

26 Es wird in Punkt 2 angefügt, dass auch Dringlichkeitsanträge und
27 Änderungsanträge über das vorgesehene online Tool eingefügt werden müssen.
28 Dieses ist Antragsgruen.

29
30 Es wird geändert in Punkt 3, dass Änderungsanträge nicht mehr bis zu Beginn des
31 Abstimmungsverfahrens möglich sind, sondern 72 Stunden vorher gestellt werden
32 müssen.

Begründung

Erfolgt mündlich

A2 Antrag zur Tagesordnung

Antragsteller*in: Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt: 1.1 Beschluss der Tagesordnung

Antragstext

1 **1. Formalia**

2 1.1 Beschluss der Tagesordnung

3 1.2 Beschluss der Wahlordnung

4 1.3 Beschluss des Protokolls vom 22.3.2025

5 **2. Jahresabschluss**

6 2.1 Kassenprüfungsbericht

7 2.2 Finanzielle Entlastung

8 **3. Politischer Rechenschaftsbericht**

9 **4. Wahlen des Kreisvorstandes**

10 4.1. Zwei Sprecher*innen

11 4.2. Ein*e Schatzmeister*in

12 4.3. Sechs Beisitzer*innen

13 **5. Anträge**

14 **6. Berichte**

15 **7. Verschiedenes**

Begründung

Erfolgt mündlich

A3 Demokratie verteidigen – AfD-Verbot jetzt prüfen

Antragsteller*in: Patrizia Schneider, Emre Telyakar, Fabian
Koschitzki, Tara Moradi (KV Frankfurt)
Tagesordnungspunkt: 5. Anträge

Antragstext

1 Die Kreismitgliederversammlung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frankfurt am Main möge
2 beschließen:

3 Der Kreisverband Frankfurt am Main spricht sich für die Einleitung eines
4 Verbotsverfahrens gegen die sogenannte Alternative für Deutschland (AfD) aus.
5 Wir fordern Bundestagsfraktion und Bundesvorstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf,
6 sich auf Bundesebene für die rechtliche Prüfung und politische Vorbereitung
7 eines solchen Verfahrens nach Artikel 21 Absatz 2 des Grundgesetzes einzusetzen.

Begründung

Die AfD verfolgt in weiten Teilen verfassungsfeindliche Ziele und gefährdet zunehmend unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung:

- Der Verfassungsschutz stuft die AfD als gesichert rechtsextremen ein. Insbesondere der sogenannte "Flügel", der formal aufgelöst ist, aber faktisch weiterhin Einfluss nimmt, bekennt sich offen zu nationalistisch-völkischen, rassistischen und demokratiefeindlichen Ideologien.
- Führende Mitglieder der Partei fordern offen die Aushöhlung zentraler demokratischer Prinzipien, darunter Pressefreiheit, Gewaltenteilung und das Grundrecht auf Asyl. Teile der Partei propagieren die sog. "Remigration" (Deportation) von Menschen mit Migrationsgeschichte – ein menschenverachtendes Konzept, das an faschistische Vertreibungspläne erinnert.
- Die AfD untergräbt systematisch die Arbeit demokratischer Institutionen – ob durch gezielte Provokationen in Parlamenten oder die Zusammenarbeit mit verfassungsfeindlichen Organisationen.
- Gleichzeitig profitiert die Partei weiterhin von der staatlichen Parteienfinanzierung, obwohl sie aktiv

daran arbeitet, die Grundlagen dieser Demokratie zu demontieren. Dabei tritt sie als parlamentarischer Arm in einem Netzwerk rechtsextremer Vereine, Burschenschaften, Reichsbürgervereinigungen und anderer Organisationen – auf.

Die demokratische Gesellschaft muss sich wehrhaft zeigen – das Grundgesetz bietet mit Artikel 21 Abs. 2 eine Handhabe, gegen Parteien vorzugehen, „die nach ihren Zielen oder dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen“.

Ein Parteiverbot ist ein letztes Mittel in einer freiheitlichen Demokratie – aber eines, das zur Anwendung kommen muss, wenn alle Warnsignale klar auf Gefahr und Bedrohung unserer Demokratie stehen.

Parallel muss durch die Lösung politischer Probleme der soziale Zusammenhalt in Frankfurt gestärkt und somit die Grundlage für den Rechtsextremismus genommen werden. Gerade hier in unserem Frankfurt zeigt sich, dass demokratische Institutionen Vertrauen genießen und Teilhabe ermöglichen. Als Frankfurter GRÜNE und stärkste treibende Kraft der Römerkoalition erleben wir unmittelbar, wie entscheidend gut ausgestattete Bildungs- und Kultureinrichtungen, diskriminierungssensible Behörden, bezahlbarer Wohnraum und eine starke Zivilgesellschaft für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sind. Dazu gehören mehr Investitionen in Bildung, soziale Gerechtigkeit und Demokratieförderung sowie eine inklusive und realitätsnahe Migrationspolitik, die Teilhabe ermöglicht und Polarisierung entgegenwirkt. Das bedeutet ganz konkret, dass wir:

- Kommunale Demokratieförderprogramme weiter ausbauen – insbesondere zur Unterstützung von Initiativen, die sich aktiv gegen Hass, Hetze und Ausgrenzung engagieren.
- Zivilgesellschaftliche Strukturen absichern und stärken: Räume wie im StadtRaum Frankfurt weiter sukzessive öffnen, Fördermittel verlässlich bereitstellen und den Schutz für migrantische, queere, antifaschistische, feministische und bildungspolitische Projekte sichern – gegen politische Angriffe und Einsparungen, die immer wieder von rechts auf die Tagesordnung gesetzt werden. Die GRÜNE Fraktion hat die Fördermittel im Amt für Multikulturelle Angelegenheiten (AmkA) bereits auf 250.000 € erhöht; das zuständige Dezernat arbeitet eng mit zahlreichen Initiativen und Vereinen zusammen – nicht nur im StadtRaum Frankfurt. An diesem starken Kurs halten wir auch in und nach den Kommunalwahlen fest.
- Den gezielten Aufbau und die dauerhafte Verstärkung von Stellen in der Stadtverwaltung vorantreiben, die sich der Demokratieförderung, politischen Bildung und Teilhabe widmen. Diese Strukturen sollen demokratische Institutionen nachhaltig stärken, rechtsextremen Tendenzen frühzeitig entgegenreten und die Stadtgesellschaft aktiv in den Schutz und die Weiterentwicklung unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung einbinden.
- Erfolgreiche Projekte wie den "Pavillon der Demokratie" fortsetzen und weiterentwickeln – ein mobiles

Format, das Demokratie in die Stadtteile bringt, niedrigschwellig erfahrbar macht und als direkter Ansprechpartner für Bürger*innen dient.

- Parlamentarisch prüfen und rechtssicher darauf hinwirken, dass die AfD überall dort von Veranstaltungen, parlamentarischen Abläufen oder Delegationsreisen ausgeschlossen wird, wo durch ihre Beteiligung demokratische Prozesse oder Dritte im Rahmen städtischer Verantwortung gefährdet wären. Dies betrifft insbesondere internationale Städtefreundschaften /-partnerschaften, etwa mit Tel Aviv, Krakau oder Lviv – sowie schulische Veranstaltungen in Frankfurt, bei denen ein klares Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung Voraussetzung ist.

Frankfurt ist der Ort, an dem die erste demokratische Verfassung Deutschlands geschrieben wurde. Wir stehen in der Pflicht, dieses Vermächtnis lebendig zu halten und unsere Demokratie entschlossen zu verteidigen. Nicht nur mit Aktionen vor Ort, sondern mit klarer Haltung bundesweit.

Als Kreisverband setzen wir damit ein Zeichen: Gegen Hass, gegen autoritäre Tendenzen, für ein starkes und solidarisches demokratisches Gemeinwesen.

Unterstützer*innen

Julia Frank (KV Frankfurt), Burkhard Schwetje (KV Frankfurt), Katharina Knacker (KV Frankfurt), Dimitrios Bakakis (KV Frankfurt), Nargess Eskandari-Grünberg (KV Frankfurt), Wolfgang Strengmann-Kuhn (KV Frankfurt), Katharina Meixner (KV Frankfurt), Claus Möbius (KV Frankfurt), Titus Dharmababu (KV Frankfurt), Desislava Zhecheva (KV Frankfurt), Christoph Rosenbaum (KV Frankfurt), Natascha Kauder (KV Frankfurt), Thomas Schlimme (KV Frankfurt), Friederike von Franque (KV Frankfurt), Johannes Lauterwald (KV Frankfurt), Daniel Brenner (KV Frankfurt), Felicitas Dubuque (KV Frankfurt), Pia Troßbach (KV Frankfurt), Margarete Richter (KV Frankfurt), Apollonia Gabel (KV Frankfurt), Kilian Vitt (KV Frankfurt), Tom Öttinger (KV Frankfurt), Bernhard Maier (KV Frankfurt), Brigitte Abraham (KV Frankfurt), Björn Canders (KV Frankfurt), Michael Brod (KV Frankfurt), Liisa Pärssinen (KV Frankfurt), Edgar Klein (KV Frankfurt), Jacqueline Schmiedeke (KV Frankfurt), Marcus Schmitt (KV Frankfurt), Norbert Szép (KV Frankfurt), Julia Krohmer (KV Frankfurt), Regina Oehler - van Gemmeren (KV Frankfurt), Sven Ganter (KV Frankfurt), Torsten Skadell (KV Frankfurt), Katrin Haus (KV Frankfurt), Arne Auste (KV Frankfurt), Wendel Burkhardt (KV Frankfurt), Heike Strobel (KV Frankfurt), Claudia Koch-Leonhardi (KV Frankfurt), Cornelia Ilbrig (KV Frankfurt), Christoph Seehase (KV Frankfurt), Alicia Göpner (KV Frankfurt), Lucy-Kiara Klimek (KV Frankfurt), Lukas Hundhausen (KV Frankfurt), Ursula Hemmer (KV Frankfurt), Petra Thomson (KV Frankfurt), Fabian Schneck (KV Frankfurt), Sabiene Döpfner (KV Frankfurt), Nils Saß (KV Frankfurt), Dominik Engl (KV Frankfurt), Elisabeth Thielicke (KV Frankfurt), Leona Enke (KV Frankfurt), Susanne Scheulen (KV Frankfurt), Claudia Schütze (KV Frankfurt), Ilja

Gutt (KV Frankfurt), Heike Schulte-Michaelis (KV Frankfurt), Florian Bull (KV Frankfurt), Philipp Jansen (KV Frankfurt), Anastasia Löser (KV Frankfurt), Phillip Grote (KV Frankfurt), Susanne Freiling (KV Frankfurt), Andrea Eicke (KV Frankfurt), Katja Böhne (KV Frankfurt), Leonie Plänklers (KV Frankfurt), Astia Scholtz (KV Frankfurt), Silke Schürerer (KV Frankfurt), Tanja Schmidt (KV Frankfurt), Natalie Becker (KV Frankfurt), Petra-Carmen Weber (KV Frankfurt), Dagmar Sadkowiak (KV Frankfurt), Hanneke Heinemann (KV Frankfurt), Marion Eckstein (KV Frankfurt), Valeska Simon (KV Frankfurt), Cary Drud (KV Frankfurt), Renate Umbach (KV Frankfurt), Christa Thiel (KV Frankfurt), Andrea Kroll (KV Frankfurt), Stephanie Werner (KV Frankfurt), Udo Besser (KV Frankfurt), Gerald Heinbuch (KV Frankfurt), Jan Marker (KV Frankfurt), Torsten Skadell (KV Frankfurt), Anika Ullmann (KV Frankfurt), Dominik Hübner? (KV Frankfurt), Christian Kruse (KV Frankfurt), Patricia Immler (KV Frankfurt), Laila Weigand (KV Frankfurt), Sigrid Brose (KV Frankfurt), Frank Frisius (KV Frankfurt), Pascal Schieferstein (KV Frankfurt), Marco Scholz (KV Frankfurt), Jörn-G. Schmidt (KV Frankfurt), Eick Hoemann (KV Frankfurt), Ulrike Dreher (KV Frankfurt), Moritz Schuler (KV Frankfurt), Cristina Sirbu (KV Frankfurt), Christian Marx (KV Frankfurt), Alexander Schratz (KV Frankfurt), Annette Wolfstein (KV Frankfurt), Magda Dziabala (KV Frankfurt)